

Wissenswertes für pflegende Angehörige

Eine Übersicht der bundesweiten Regelungen

Inhalt

Pflegegeld	1
Finanzielle Unterstützung bei Urlaub oder Verhinderung.....	3
Zuschuss für Pflegehilfsmittel und Wohnraumadaptierung	4
Pensionsversicherung – Freiwillige Versicherungen.....	5
Krankenversicherung	6
Arbeitslosenversicherung	8
Förderung der bis zu 24-Stunden-Betreuung.....	8
Obergrenze für Rezeptgebühren	11
Befreiung von Gebühren und Entgelten.....	11
Behindertenpass (und Parkausweis für Behinderte)	14
Euro-Key (Euro-Schlüssel) – für barrierefreie Toiletten und Lifte	15
Steuerliche Absetzbarkeit.....	16
Pflegekarenz	17
Pflegeteilzeit.....	19
Pflegekarenzgeld.....	21
Familienhospizkarenz.....	22
Vertretungsbefugnisse für Angehörige	25
Vorsorgevollmacht.....	26
Patientenverfügung	28
Sachwalterschaft	30
Information und Beratung	32
Ansprechstellen der Caritas zu Betreuung und Pflege.....	33

Impressum

Caritas Österreich

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien

Stand: 30. Jänner 2015

HINWEIS

Trotz gewissenhafter Recherchen kann nicht garantiert werden, dass alle Angaben vollständig, aktuell und fehlerfrei sind. Wir empfehlen deshalb immer die Rücksprache mit den jeweiligen Ansprechstellen.

Diese Broschüre enthält Informationen über bundesweit einheitliche Regelungen. Jedes Bundesland bietet darüber hinaus eigene Unterstützungsleistungen an, die aber nur in den einzelnen Bundesländern verfügbar sind. Informationen dazu erhält man in den jeweiligen Ämtern der Landesregierungen.

Pflegegeld

Titel	Pflegegeld																								
Leistung	<p>Das Pflegegeld ist ein pauschaler Beitrag zu den entstehenden finanziellen Belastungen aufgrund von Pflegebedürftigkeit. Die Höhe richtet sich nach der Einstufung in eine der sieben Pflegegeldstufen. Das Pflegegeld wird monatlich (12x im Jahr) ausbezahlt. NEU: Die Eingangsvoraussetzungen für die Pflegegeldstufen 1 und 2!</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th data-bbox="459 465 544 495">Stufe</th> <th data-bbox="580 465 767 495">Pflegebedarf</th> <th data-bbox="1193 465 1289 495">Betrag</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stufe 1</td> <td>mehr als 65 h/Monat</td> <td>154,20 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 2</td> <td>mehr als 95 h/Monat</td> <td>284,30 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 3</td> <td>mehr als 120 h/Monat</td> <td>442,90 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 4</td> <td>mehr als 160 h/Monat</td> <td>664,30 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 5</td> <td>mehr als 180 h/Monat</td> <td>902,30 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 6</td> <td>mehr als 180 h/Monat und zeitlich unkoordinierbare Betreuungsmaßnahmen oder dauernde Anwesenheit einer Pflegeperson</td> <td>1.260,00 Euro</td> </tr> <tr> <td>Stufe 7</td> <td>mehr als 180 h/Monat und keine zielgerichtete Bewegung der vier Extremitäten - praktische Bewegungsunfähigkeit</td> <td>1.655,80 Euro</td> </tr> </tbody> </table>	Stufe	Pflegebedarf	Betrag	Stufe 1	mehr als 65 h/Monat	154,20 Euro	Stufe 2	mehr als 95 h/Monat	284,30 Euro	Stufe 3	mehr als 120 h/Monat	442,90 Euro	Stufe 4	mehr als 160 h/Monat	664,30 Euro	Stufe 5	mehr als 180 h/Monat	902,30 Euro	Stufe 6	mehr als 180 h/Monat und zeitlich unkoordinierbare Betreuungsmaßnahmen oder dauernde Anwesenheit einer Pflegeperson	1.260,00 Euro	Stufe 7	mehr als 180 h/Monat und keine zielgerichtete Bewegung der vier Extremitäten - praktische Bewegungsunfähigkeit	1.655,80 Euro
Stufe	Pflegebedarf	Betrag																							
Stufe 1	mehr als 65 h/Monat	154,20 Euro																							
Stufe 2	mehr als 95 h/Monat	284,30 Euro																							
Stufe 3	mehr als 120 h/Monat	442,90 Euro																							
Stufe 4	mehr als 160 h/Monat	664,30 Euro																							
Stufe 5	mehr als 180 h/Monat	902,30 Euro																							
Stufe 6	mehr als 180 h/Monat und zeitlich unkoordinierbare Betreuungsmaßnahmen oder dauernde Anwesenheit einer Pflegeperson	1.260,00 Euro																							
Stufe 7	mehr als 180 h/Monat und keine zielgerichtete Bewegung der vier Extremitäten - praktische Bewegungsunfähigkeit	1.655,80 Euro																							
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Ständiger Betreuungs- und Hilfsbedarf wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung bzw. einer Sinnesbehinderung, die voraussichtlich mindestens sechs Monate andauern wird • Stellen eines Antrages • Absolvierung einer Begutachtung im Rahmen des Pflegegeld-einstufungsverfahrens • Gewöhnlicher Aufenthalt in Österreich; unter bestimmten Voraussetzungen kann das Pflegegeld auch in einem EWR-Staat geleistet werden. 																								
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Pensionen und Renten die auszahlenden Versicherungen • <u>Landesstellen Sozialministeriumservice</u> (ehem. Bundessozialamt): bei Renten aus der Kriegsopferversorgung, der Heeresversorgung sowie nach dem Impfschadengesetz https://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt_-_Landesstellen <p>Zuständigkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Pensionsversicherungsanstalt (PVA)</u>: Berufstätige, mitversicherte Angehörige (z. B. EhepartnerIn, Kind), BezieherInnen von Mindestsicherung, Leistungen aus dem Opferfürsorgegesetz oder einer Vollrente der AUVA • <u>Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA)</u>: pensionierte Landes-/Gemeindebeamte, LandeslehrerInnen, land- u. forstwirtschaftliche LandeslehrerInnen sowie Österreichische Post AG, Telekom Austria AG und Österreichische Postbus AG, VfGH • <u>Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB)</u>: Österreichische Bundesbahnen 																								
Siehe auch	<p><i>Familienhospizkarenz: Änderung d. Auszahlung des Pflegegelds, S. 23</i> <i>Familienhospizkarenz: Bes. Vorschussregelung beim Pflegegeld, S. 24</i> <i>Familienhospizkarenz: Vorrang bei Bezug fälligen Pflegegeldes und Fortsetzung des Verfahrens, Seite 24</i></p>																								

Titel	Fortzahlung des Pflegegeldes bei Krankenhausaufenthalt
Leistung	<p>Generell ruht das Pflegegeld während eines Aufenthalts in einem Krankenhaus bzw. während einer Rehabilitation oder eines Kuraufenthaltes ab dem ersten Folgetag nach der Aufnahme und wird erst wieder ab dem Tag der Entlassung weiterbezahlt.</p> <p>Wenn die häusliche Betreuungsperson (z. B. Angehörige/r, PersonenbetreuerIn der 24-Stunden-Betreuung) über ihre Tätigkeit sozialversichert ist oder als Begleitperson im Krankenhaus, bei einem Kur- oder Rehabilitationsaufenthalt dabei sein muss, kann das Pflegegeld auf Antrag in unterschiedlicher Höhe auch während des stationären Aufenthaltes weiter bezahlt werden (siehe Voraussetzungen).</p> <p>Die Fortzahlung ist mit maximal drei Monaten befristet, kann aber in besonderen Härtefällen verlängert werden.</p> <p>Den stationären Aufenthalt müssen Sie binnen 4 Wochen an die Stelle, die das Pflegegeld auszahlt, melden.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrags • Vorliegen eines der folgenden Umstände: <ul style="list-style-type: none"> ○ Pflegende Angehörige sind über eine begünstigte Weiter- oder Selbstversicherung sozialversichert → Anspruch auf Fortzahlung in Höhe des vom Versicherten zu zahlenden Beitrags ○ Die Betreuungsperson ist über ein Dienstverhältnis oder eine gewerbliche selbstständige Betreuungstätigkeit (z. B. PersonenbetreuerIn) sozialversichert → Anspruch auf Fortzahlung in der Höhe der daraus entstehenden Kosten ○ Die Aufnahme in das Krankenhaus ist ohne Begleitperson nicht möglich (z. B. bei Kindern) oder ein Kuraufenthalt kann nur mit einer Begleitperson absolviert werden → Anspruch auf Fortzahlung in voller Höhe
Ansprechstelle	Stelle, von der das Pflegegeld ausbezahlt wird
Siehe auch	<p><i>Pflegegeld, Seite 1</i></p> <p><i>Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes, Seite 5</i></p> <p><i>Begünstigte Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger, Seite 5</i></p> <p><i>Begünstigte Weiterversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger, Seite 6</i></p> <p><i>Selbstversicherung in der Krankenversicherung, Seite 6</i></p> <p><i>Förderung der bis zu 24-Stunden-Betreuung, Seiten 8-10</i></p>

Finanzielle Unterstützung bei Urlaub oder Verhinderung

Titel	Finanzielle Zuwendung aus dem Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung bei Verhinderung pflegender Angehöriger
Leistung (Regelangebot seit 01.01.2009)	<p>Pflegebedürftige Menschen, die sich zumindest in Pflegegeldstufe 3 befinden und ihre Angehörigen erhalten Unterstützung zur Finanzierung von Ersatzpflege, wenn der/die pflegende Angehörige (Hauptpflegeperson) verhindert ist (Urlaub, Krankheit, Auszeit). Gefördert werden Ersatzpflegemaßnahmen im Ausmaß von zumindest 7 Tagen höchstens aber 4 Wochen jährlich. Bei Minderjährigen und Demenzerkrankten ist die Untergrenze 4 Tage. Die Förderhöhe richtet sich nach der Dauer der Ersatzpflege. Gefördert werden professionelle (institutionelle) oder private Ersatzpflege oder Mischformen.</p> <p>Jährliche Höchstzuwendungen (für 4 Wochen)</p> <p>PG-Stufe 1,2 oder 3..... max. € 1.200,00 PG-Stufe 4..... max. € 1.400,00 PG-Stufe 5..... max. € 1.600,00 PG-Stufe 6..... max. € 2.000,00 PG-Stufe 7..... max. € 2.200,00</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages • Überwiegende, mindestens 1 Jahr andauernde Pflege eines nahen Angehörigen • Die pflegebedürftigen Person hat seit mindestens 1 Jahr Anspruch auf <u>Bundespflegegeld</u>: <ul style="list-style-type: none"> ○ mindestens der Pflegegeldstufe 3 ODER ○ der Pflegegeldstufe 1 oder 2 plus ein Nachweis einer demenziellen Erkrankung der pflegebedürftigen Person (Befundbericht) durch neurologische/psychiatrische Fachabteilung eines Krankenhauses, gerontopsychiatrische Tagesklinik/Ambulanz/ Zentrum oder Facharzt für Psychiatrie bzw. Neurologie oder ein gerontopsychiatrisches Zentrum ODER ○ zumindest Pflegegeldstufe 1 bei Minderjährigen • Verhinderung der Pflegeleistung durch Krankheit, Urlaub oder andere wichtige Gründe • Bestätigung über die Durchführung der Ersatzpflege, d. h. Kosten müssen nachgewiesen werden • Netto-Monatseinkommen bleibt unter den Einkommensgrenzen von € 2.000,00 bei Pflegegeldstufe 1-5 und unter € 2.500,00 bei Pflegegeldstufe 6-7. Die Einkommensgrenzen erhöhen sich um € 400,00 je unterhaltsberechtigten Angehörigen im gemeinsamen Haushalt und um € 600,00 je unterhaltsberechtigten Angehörigen mit Behinderung. Nicht angerechnet werden z. B. Familien- oder Studienbeihilfe, Sonderzahlungen oder Leistungen der Sozialhilfe. Nähere Auskünfte erhalten Sie beim Sozialministeriumservice.
Ansprechstelle	Landesstellen Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) unter https://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt_-_Landesstellen Tel.: 05 99 88 (zum Ortstarif aus ganz Österreich)

Zuschuss für Pflegehilfsmittel und Wohnraumadaptierung

Titel	Zuschuss für einmalige behinderungsbedingte Ausgaben aus dem "Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung"
Leistung	<p>Menschen, die auf Grund einer Behinderung einmalige behinderungsbedingte Ausgaben (z. B. behindertengerechte Wohnungsumbauten) haben und dafür finanzielle Unterstützung benötigen, können sich an den „Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung“ wenden.</p> <p>Ziel des Unterstützungsfonds ist es, vor allem jenen Menschen Hilfe zu leisten, die noch nicht berufstätig sind (Kinder), nicht mehr im Erwerbsleben stehen (Pensionisten) oder sich aufgrund der Schwere der Behinderung nie ins Erwerbsleben integrieren konnten. Die Förderung ist nur dann zulässig, wenn die Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes der Fondsmittel gewährleistet sind.</p> <p>Die Zuschusshöhe ist vom Familieneinkommen abhängig. Die maximale Förderhöhe beträgt € 5.800,00</p> <p>Auf die Gewährung von Förderungen besteht kein Rechtsanspruch.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages <u>bevor</u> die Anschaffung getätigt wird bei der zuständigen Landesstelle des Sozialministeriumservice • Österreichische Staatsbürgerschaft oder ständiger Aufenthalt in Österreich • Konkretes Vorhaben der medizinischen, sozialen oder beruflichen Rehabilitation (zum Beispiel behindertengerechte Wohnraumadaptierung für Rollstuhlfahrer, behinderungsbedingt notwendige PKW-Adaptierung). • Nachweis einer erheblichen dauernden Gesundheitsschädigung (Grad der Behinderung mind. 50 % von 100 %) durch Behindertenpass, Bezug der erhöhten Familienbeihilfe, Bezug von Pflegegeld • Die Einkommensgrenze für 1 Person beträgt 1.680,00 € netto. Sie erhöht sich für jeden im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltspflichtigen Angehörigen bzw. den Lebensgefährten/der Lebensgefährtin um 380,00 €, bei Vorliegen einer Behinderung des/der Angehörigen oder Ehepartners/Ehepartnerin um 570,00 €. • Das Vorhaben darf nicht durch Leistungen anderer Kostenträger wie zum Beispiel Bezirkshauptmannschaft, diverse Fonds der öffentlichen oder privaten Wohlfahrtspflege, Amt der Landesregierung, Sozialversicherungsträger (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) ausfinanziert sein
Ansprechstelle	Landesstellen des Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) unter https://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt - Landesstellen Tel.: 05 99 88 (zum Ortstarif aus ganz Österreich)
Siehe auch	<i>Befreiung vom Kostenanteil für Heilbehelfe und Hilfsmittel, Seite 13</i>

Pensionsversicherung – Freiwillige Versicherungen

Titel	Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes
Leistung	Eltern (leibliche Eltern, Stiefeltern, Wahl Eltern, Pflegeeltern) sowie Großeltern können sich selbst kostenfrei versichern, wenn sie ein behindertes Kind pflegen. Die Unterstützung kann bis zum 40. Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden. Zur Selbstversicherung bei Pflege eines behinderten Kindes ist immer nur eine Person berechtigt. Unter bestimmten Voraussetzungen ist die Selbstversicherung für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes bis zu 10 Jahre rückwirkend möglich (maximal bis 1988).
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages • gemeinsamer Haushalt der Pflegeperson mit dem Kind • Hauptwohnsitz in Österreich • Gewährung der erhöhten Familienbeihilfe für das Kind • gänzliche Beanspruchung der Arbeitskraft durch die Pflege des Kindes • Keine andere bestehende Pensionsversicherung oder Pflicht-/ Weiterversicherung in der Pensionsversicherung
Ansprechstelle	Ein Antrag ist bei jenem Pensionsversicherungsträger zu stellen, bei dem zuletzt Versicherungszeiten erworben wurden, d.h. bei dem Sie zuletzt pensionsversichert waren. Sind keine Versicherungszeiten vorhanden, dann ist der Antrag bei der Pensionsversicherungsanstalt zu stellen.

Titel	Begünstigte Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger
Leistung	Der Bund übernimmt unbefristet alle Pensionsbeiträge für die selbstversicherte Person. Dieser entstehen keine Kosten . Diese Leistung kann pro Pflegesituation nur von einer Person genutzt werden. Sie bleibt auch während eines zeitweiligen stationären Krankenhausaufenthaltes der zu pflegenden Person aufrecht.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages • Pflege eines bzw. einer nahen Angehörigen • die zu pflegende Person muss Anspruch auf Pflegegeld der Pflegegeldstufe 3 oder höher haben • die Pflege muss in häuslicher Umgebung erfolgen und die Arbeitskraft der Pflegeperson erheblich beanspruchen • der Wohnsitz der Pflegeperson muss sich während des Zeitraums der Pflege Tätigkeit im Inland befinden • Erwerbstätigkeit des pflegenden Angehörigen begründet keine Pflichtversicherung (z. B. maximal geringfügige Erwerbstätigkeit)
Ansprechstelle	Ein Antrag ist bei jenem Pensionsversicherungsträger zu stellen, bei dem zuletzt Versicherungszeiten erworben wurden, d.h. bei dem Sie zuletzt pensionsversichert waren. Sind keine Versicherungszeiten vorhanden, dann ist der Antrag bei der Pensionsversicherungsanstalt zu stellen.

Titel	Begünstigte Weiterversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger
Leistung	<p>Kostenlose Weiterversicherung in der Pensionsversicherung, wenn aufgrund der Pflege eines Angehörigen eine Pflichtversicherung beendet wurde oder die Selbstversicherung für die Pflege eines behinderten Kindes geendet hat. Die monatliche Beitragsgrundlage wird aus den Beitragsgrundlagen aus dem Jahr vor dem Ausscheiden aus der Pflichtversicherung ermittelt.</p> <p>Der Bund übernimmt unbefristet alle Pensionsbeiträge für die weiterversicherte Person. Dieser entstehen keine Kosten. Diese Leistung kann pro Pflegesituation nur von einer Person genutzt werden. Sie bleibt auch während eines zeitweiligen stationären Krankenhausaufenthaltes der zu pflegenden Person aufrecht.</p> <p>Die Weiterversicherung kann bis zu 12 Monate rückwirkend in Anspruch genommen werden.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung der vorhergegangenen Pflichtversicherung bzw. Selbstversicherung ODER jederzeit bei 60 vorhanden Versicherungsmonaten • Pflege eines bzw. einer nahen Angehörigen • die zu pflegende Person muss Anspruch auf Pflegegeld der Pflegegeldstufe 3 oder höher haben • Pflege in häuslicher Umgebung • die Arbeitskraft der Pflegeperson wird zur Gänze für die Betreuung beansprucht
Ansprechstelle	<p>Antragstellung bei jenem Pensionsversicherungsträger, bei dem Sie zuletzt versichert waren.</p> <p>Informationsbroschüre der Pensionsversicherungsanstalt im Internet unter www.pensionsversicherung.at</p> <p>http://www.pensionsversicherung.at/portal27/portal/pvportal/content/contentWindow?contentid=10008.577830&action=b&cacheability=PAGE&version=1421911505</p>

Krankenversicherung

Titel	Selbstversicherung in der Krankenversicherung
Leistung	<p>Krankenversicherung mit Anspruch auf alle Sachleistungen (z.B. niedergelassene ÄrztInnen, Spitalsaufenthalte, Medikamente, Heilbehelfe und Hilfsmittel). Auch die Mitversicherung von Angehörigen ohne eigene Krankenversicherung ist möglich. Kein Anspruch entsteht auf Barleistungen (Kranken- und Wochengeld).</p> <p>Die Beiträge müssen selbst bezahlt werden. Im Jahr 2015 beträgt der monatliche Höchstversicherungsbeitrag € 388,04.</p> <p>Eine Herabsetzung des Beitrags kann bei schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen beantragt werden (unter Vorlage entsprechender Nachweise, z.B. Steuerbescheid, Lohnzettel, Sparbuch, Nachweis über Unterhaltszahlungen)</p> <p>Beginn des Versicherungsschutzes:</p> <p style="text-align: right;">(Fortsetzung nächste Seite)</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Sofort: wenn in den letzten 12 Monaten vor Versicherungsbeginn mindestens 26 Wochen eine Krankenversicherung bestanden hat ODER • wenn unmittelbar vor der Selbstversicherung mindestens 6 Wochen eine durchgehende Krankenversicherung bestanden hat. • Nach einer Wartefrist von 6 Monaten: wenn keine der obigen Voraussetzungen besteht. Hinweis: Innerhalb der Wartefrist von 6 Monaten müssen bereits Krankenversicherungsbeiträge bezahlt werden obwohl noch kein Versicherungsschutz besteht.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Keine bestehende Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (keine Pflicht-, Mit- oder andere Krankenversicherung) • Stellen eines Antrages (Wichtig: gleichzeitig Antrag auf Herabsetzung der Beitragsgrundlage stellen, um nicht sofort in den Höchstsatz eingestuft zu werden) • Hauptwohnsitz in Österreich • Zahlung der vorgeschriebenen Krankenversicherungsbeiträge
Ansprechstelle	Zuständige Gebietskrankenkassa: www.sozialversicherung.at
Siehe auch	<i>Beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung, s.u.</i>

Titel	Beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung
Leistung	<p>Pflegebedürftige Angehörige ab der Pflegegeldstufe 3 können über die versicherte Person beitragsfrei mitversichert sein.</p> <p>Angehörige, die eine versicherte pflegebedürftige Person ab der Pflegegeldstufe 3 pflegen, können beitragsfrei in der Krankenversicherung der gepflegten Person mitversichert werden.</p> <p>Dies gilt auch für LebensgefährtlInnen, die nicht mit dem/der Versicherten verwandt sind, aber seit mindestens 10 Monaten in einer Hausgemeinschaft leben, kein arbeitsfähiger Ehegatte im selben Haushalt lebt und die Person dem/der Versicherten unentgeltlich den Haushalt führt. Das gilt für maximal eine Person im Haushalt.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages • Die versicherte Person oder pflegebedürftige Angehörige der versicherten Person haben Anspruch auf Pflegegeld mindestens der Stufe 3 • Pflege unter überwiegender Beanspruchung der Arbeitskraft durch: <ul style="list-style-type: none"> ○ EhegattInnen oder eingetragene PartnerInnen ○ Verwandte in gerader Linie oder bis zum vierten Grad der Seitenlinie verwandt bzw. verschwägert ○ Wahl-, Stief- und Pflegekinder bzw. -eltern ○ eine nicht verwandte Person, die seit mindesten 10 Monaten im gleichen Haushalt lebt und unentgeltlich den Haushalt führt, sofern kein arbeitsfähiger Ehepartner vorhanden ist <p>Information zum Angehörigenstatus auch unter www.sozialversicherung.at unter „Leistungen“ (Auswahlzeile links) → „Versicherungsschutz“ (linke Auswahl) → „Angehörige“</p>
Ansprechstelle	Krankenkassa, bei der die gepflegte Person krankenversichert ist

Arbeitslosenversicherung

Titel	Anrechnung der Pflegezeiten auf die Rahmenfristerstreckung in der Arbeitslosenversicherung
Leistung	Um Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zu beziehen, ist eine Mindestbeschäftigungsdauer von 52 Wochen innerhalb der letzten 2 Jahre notwendig. Diese Frist von 2 Jahren verlängert sich um jenen Zeitraum, der für die Pflege eines Angehörigen mit mindestens Pflegegeldstufe 3 aufgewendet wird. Dies erfolgt automatisch, es ist kein Antrag notwendig.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Vorliegen einer begünstigten Selbst- oder Weiterversicherung in der Pensionsversicherung zur Pflege eines nahen Angehörigen ODER • Vorliegen einer kostenlosen Selbstversicherung in der Pensionsversicherung zur Pflege eines behinderten Kindes.
Ansprechstelle	Arbeitsmarktservice (AMS), www.ams.at

Förderung der bis zu 24-Stunden-Betreuung

Informationen zum Tätigkeitsfeld in der bis zu 24-Stunden-Betreuung

Selbstständige PersonenbetreuerInnen dürfen nach der geltenden Gewerbeordnung und unselbstständige HausbetreuerInnen nach dem Hausbetreuungsgesetz (HBeG) folgende Tätigkeiten übernehmen:

- **Haushaltsnahe Dienstleistungen** (Zubereitung von Mahlzeiten, Besorgungen, Reinigungstätigkeiten usw.)
- **Unterstützung bei der Lebensführung** (Gestaltung des Tagesablaufs, Hilfestellung bei alltäglichen Verrichtungen)
- **Gesellschaft leisten** (Konversation führen, Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Kontakte, Begleitung bei diversen Aktivitäten)
- **Praktische Vorbereitung** der betreuungsbedürftigen Person auf einen **Ortswechsel** (Kofferpacken und ähnliches)
- **Führung eines Haushaltsbuches**
- **Organisation von Personenbetreuung** (z. B. Termine vereinbaren)

Nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) dürfen PersonenbetreuerInnen die nachfolgend beschriebenen Tätigkeiten ausüben, wenn aus medizinischer Sicht keine Gründe dagegen sprechen (d. h. wenn die Gesundheit der betreuten Person durch die Durchführung der Tätigkeit nicht gefährdet ist).

- Unterstützung bei der oralen **Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme** sowie bei der **Arzneimittelaufnahme**
- Unterstützung bei der **Körperpflege**
- Unterstützung beim **An- und Auskleiden**

- Unterstützung bei der **Benützung von Toilette oder Leibstuhl** einschließlich Hilfeleistung beim Wechsel von Inkontinenzprodukten (Fortsetzung nächste Seite)
- Unterstützung **beim Aufstehen, Niederlegen, Niedersetzen und Gehen**

Gibt es medizinische Gründe, die gegen eine Durchführung dieser Tätigkeiten durch Laien bzw. PersonenbetreuerInnen sprechen, dürfen diese Tätigkeiten nur nach einer Delegation durch einen Arzt/eine Ärztin oder durch eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson durchgeführt werden (siehe nächster Punkt).

Durchführung von pflegerischen und/oder medizinischen Tätigkeiten nach Delegation

Pflegerische und/oder medizinische Tätigkeiten, die nicht oben angeführt sind bzw. gegen deren Durchführung medizinische Gründe sprechen, dürfen nur nach **Delegation durch einen Arzt/eine Ärztin oder eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson** und nach einer vorhergehenden Einschulung befristet und im Einzelfall ausgeübt werden, wobei die BetreuerInnen nicht verpflichtet sind, diese Tätigkeiten zu übernehmen.

Titel	Förderung der 24-Stunden-Betreuung lt. § 21b BPGG
Leistung	<p>Der Einsatz von Betreuungskräften in der häuslichen bis zu 24-Stunden-Betreuung wird mit folgenden Beträgen gefördert:</p> <p><u>Unselbstständige Betreuungskräfte (Anstellungsverhältnis):</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zwei BetreuerInnen: € 1.100,00 pro Monat (12x im Jahr) • Ein/e BetreuerIn: € 550,00 pro Monat (12x im Jahr) <p><u>Selbstständige PersonenbetreuerInnen (Werkvertrag):</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zwei PersonenbetreuerInnen: € 550,00 pro Monat (12x im Jahr) • Ein/e PersonenbetreuerIn: € 275,00 pro Monat (12x im Jahr) <p>Der Zuschuss wird unabhängig vom Vermögen gewährt. Auf die Gewährung einer Förderung besteht kein Rechtsanspruch.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf Pflegegeld mindestens der Stufe 3 – <i>Ausnahme: In NÖ ab Pflegegeldstufe 1 bei nachgewiesener demenzieller Erkrankung</i> • Nachweis der Notwendigkeit von 24h-Betreuung bei Pflegegeldstufe 3 und 4 durch fachärztliche Bestätigung (ab Pflegegeldstufe 5 wird Notwendigkeit angenommen) – <i>Ausnahme: kein Nachweis in NÖ</i> • Ab 1. Jänner 2009 müssen Betreuungskräfte eine der folgenden Voraussetzung erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> ○ eine theoretische Ausbildung nachweisen, die der einer Heimhelferin/eines Heimhelfers entspricht ODER ○ eine Person zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens 6 Monaten im Sinne des HBeG sachgerecht betreuen ODER ○ medizinische Tätigkeiten durch Arzt/Ärztin oder pflegerische durch eine dipl. Pflegeperson delegiert bekommen haben. <p>HINWEIS: Liegt keine dieser Voraussetzungen vor, kann das Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) einen Vorschuss auszahlen. Nach 6 Monaten erfolgt eine Qualitätskontrolle. Fällt diese positiv aus, wird die Vorschussleistung in eine reguläre Unterstützungsleistung umgewandelt. (Fortsetzung nächste Seite)</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Die Betreuung durch <u>unselbstständig Beschäftigte</u> entspricht den Bestimmungen des Hausbetreuungsgesetzes (HBeG) • Bei <u>selbstständigen PersonenbetreuerInnen</u> müssen die Einsatzzeiten das im HBeG genannte Mindestmaß erreichen (mind. 48 h in 1 Woche). • Das Einkommen der betreuungsbedürftigen Person beträgt weniger als € 2.500,00 netto monatlich (nicht zum Einkommen zählen u. a. Pflegegeld, Sonderzahlungen, Familienbeihilfen, Kinderbetreuungsgeld und Wohnbeihilfen) – Erhöhung der Einkommensgrenze um € 400,00 für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen, bzw. um € 600,00 für jeden behinderten unterhaltsberechtigten Angehörigen. • Liegt das Einkommen der betreuungsbedürftigen Person über der Grenze, verringert sich die Förderung um jenen Betrag, um die das Einkommen die Grenze übersteigt (z. B.: Ein Einkommen von € 2.700,00 liegt € 200,00 über der Grenze. Die Förderung vermindert sich um € 200,00). Förderbeträge unter € 50,00 werden nicht ausbezahlt.
Ansprechstellen und Information	<ul style="list-style-type: none"> • Infos beim Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) http://www.sozialministeriumservice.at/site/Pflege/24_Stunden_Betreuung • NÖ: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Sozialhilfe (GS5), Pflegehotline 02742/9005-9095, http://www.noe.gv.at/Gesundheit/Pflege/24-Stunden-Betreuung.wai.html • Angebot der Caritas: http://www.caritas-rundumbetreut.at/ Verfügbar in Wien, NÖ, Burgenland, Steiermark, OÖ, Salzburg, Teile Tirols (Bereich der Diözese Salzburg) 0810 / 24 25 80 (zum Ortstarif aus ganz Österreich) Montag bis Donnerstag: 9.00 – 15.00, Freitag: 9 – 12 Uhr office@caritas-rundumbetreut.at

Aktuelle Informations-Broschüren zur 24-Stunden-Betreuung:

24-Stunden-Betreuung zu Hause. Neues und Wissenswertes. Stand Aug. 2014, unter http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/9/3/CH2219/CMS1256636985496/24stdbetr_auf15.pdf

Fördermodell zur 24-Stunden-Betreuung. Welche gesetzlichen Voraussetzungen bestehen? Broschüre, Stand Juli 2014, unter

http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/9/3/CH2219/CMS1256636985496/endversion_broschuer_e_foerdermodell.pdf

FOLDER Fördermodell zur 24-Stunden-Betreuung mit Landesstellen des Sozialministeriumservice (Juli 2014)

http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/9/3/CH2219/CMS1256636985496/endversion_folder_foerdermodell.pdf

Obergrenze für Rezeptgebühren

Titel	Obergrenze für Rezeptgebühren
Leistung	<p>Der Betrag, der für Rezeptgebühren bezahlt werden muss, ist mit maximal 2% des Jahreseinkommens begrenzt. Wenn jemand innerhalb eines Kalenderjahres diese Obergrenze erreicht, ist er oder sie automatisch <u>für den Rest des Jahres</u> von der Rezeptgebühr befreit. Es ist kein Antrag erforderlich.</p> <p>Die Berechnung des Jahreseinkommens erfolgt über die Sozialversicherung, die über alle erforderlichen Daten verfügt.</p> <p>Nach unten hin gibt es eine Mindestobergrenze. Das bedeutet, dass mindestens 37 Rezeptgebühren á € 5,55 (also € 205,35 pro Jahr) an Rezeptgebühren zu bezahlen sind, bevor die Obergrenze als erreicht gilt (Werte 2015).</p> <p>Rezeptgebühren für mitversicherte Personen werden mitgerechnet.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Erreichen der Mindestobergrenze bzw. der Obergrenze für Rezeptgebühren in der Höhe von 2% des Jahreseinkommens
Ansprechstellen	Zuständige Krankenkassa
Siehe auch	<i>Befreiung von Rezeptgebühr und Entgelt für die e-card, s.u.</i>

Befreiung von Gebühren und Entgelten

Titel	Befreiung von der Rezeptgebühr und dem Entgelt für die e-card
Leistung	<p>Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, können Rezepte in der Apotheke ohne Zuzahlung einlösen und müssen auch kein Service-Entgelt für ihre e-card bezahlen.</p>
Voraussetzungen	<p>Folgende Personengruppen sind <u>ohne Antrag</u> von den Rezeptgebühren und vom e-card-Entgelt befreit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bezieher und Bezieherinnen von Geldleistungen, die eine Krankenversicherung begründen (z. B. Ausgleichszulage, Ergänzungszulage) • Personen mit anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten (Die Rezeptgebührenbefreiung betrifft nur die Medikamente, die zur Behandlung dieser Krankheiten notwendig sind. Der Arzt versieht das Rezept mit einem entsprechenden Vermerk) • Zivildienstler und deren Angehörige • AsylwerberInnen in Bundesbetreuung • Personen, die unter das Kriegsopfer-, Heeresvorsorge- und Opferfürsorgegesetz fallen <p>Folgende Personen können <u>über einen Antrag</u> bei der zuständigen Krankenversicherung eine Befreiung von den Rezeptgebühren und dem e-card-Entgelt erlangen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Personen, deren Nettoeinkommen die Richtwerte nicht übersteigt (Werte 2015): (Fortsetzung nächste Seite)

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Alleinstehende: € 872,31 ○ Alleinstehende mit erhöhtem Medikamentenbedarf: € 1.003,16 ○ Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften: € 1.307,89 ○ Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften mit erhöhtem Medikamentenbedarf: € 1.504,07 ○ Richtwerterhöhung pro mitversichertem Kind: € 134,59, wenn <ul style="list-style-type: none"> - das Kind in der Hausgemeinschaft lebt, - der/die Versicherte für den Unterhalt aufkommt und - das Kind kein eigenes Einkommen über € 320,84 im Monat hat <p>Dem Einkommen des/der Versicherten wird jenes der Ehegattin oder des Ehegatten bzw. des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin hinzugerechnet. Einkommen von sonstigen im Haushalt lebenden Personen werden mit 12,5 Prozent berücksichtigt.</p>
Ansprechstellen	<p>Zuständige Krankenkassa</p> <p>Link zur Antragstellung und Informationen im Internet unter: http://www.sozialversicherung.at/portal27/portal/noegkkportal/content/contentWindow?contentid=10007.702553&action=2&viewmode=content</p>
Siehe auch	<p><i>Obergrenze für Rezeptgebühren, Seite 11</i></p> <p><i>Befreiung vom Kostenanteil für Heilbehelfe und Hilfsmittel, Seite 13</i></p>

Titel	Befreiung von Rundfunkgebühren und/oder Zuerkennung einer Zuschussleistung zu Fernsprechentgelten
Leistung	Befreiung von Rundfunkgebühren und den damit verbundenen Abgaben und Entgelten und/oder Zuerkennung einer Zuschussleistung zu Fernsprechentgelten. Eine Zuschussleistung zum Fernsprechentgelt ist nur bei einem Festnetzanschluss oder einem Wertkartenhandy möglich.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrags • AntragstellerIn muss volljährig sein • Bezug von zumindest einer der folgenden Leistungen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Pflegegeld oder einer vergleichbaren Leistung ○ Leistungen nach pensionsrechtlichen Bestimmungen oder diesen Zuwendungen vergleichbare sonstige wiederkehrende Leistungen versorgungsrechtlicher Art aus öffentlicher Hand ○ Beihilfen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz, dem Arbeitsmarktservicegesetz und dem Studienförderungsgesetz ○ Leistungen und Unterstützungen aus der Sozialhilfe oder der freien Wohlfahrtspflege oder aus sonstigen öffentlichen Mitteln wegen sozialer Hilfsbedürftigkeit ○ Gehörlose oder schwer hörbehinderte Personen • Die Rundfunkempfangsgeräte müssen bei der GIS (Gebühren Info Service) gemeldet sein • Die Befreiung darf nur für die Wohnung des/der AntragstellerIn ausgesprochen werden (Fortsetzung nächste Seite)

	<ul style="list-style-type: none"> • Der Fernsprechanschluss, für den ein Zuschuss beantragt wird, darf nicht für geschäftliche Zwecke genutzt werden • Haushalts-Nettoeinkommen bis maximal zum anwendbaren Höchstsatz (Werte 2015): Haushalt mit einer Person 976,99 € Haushalt mit zwei Personen 1.464,84 € Für jede weitere Person im Haushalt erhöht sich dieser Betrag um 150,74 €. <p><u>Hinweis:</u> Das Haushalts-Nettoeinkommen ist das Nettoeinkommen ALLER in einem Haushalt lebenden Personen (Summe aller Einkünfte in Geld oder Geldeswert nach Ausgleich mit Verlusten und vermindert um die gesetzlich geregelten Abzüge). Dieses Einkommen darf den gesetzlich vorgeschriebenen Befreiungsrichtsatz nicht überschreiten. Die Höchstsätze werden jährlich neu festgelegt.</p> <p>TIPP: Miete oder Ausgaben, die als „außergewöhnliche Belastungen“ im Sinne des Steuerrechts gelten (bspw. Hilfsmittel, die nicht vom Sozialversicherungsträger bezahlt werden), können auf die Richtsätze angerechnet werden und diese ggf. erhöhen.</p>
Ansprechstellen	<p>Gebühren Info Service (GIS), Postfach 1000, 1051 Wien Service Hotline Tel.: 0810 00 10 80 (Mo. bis Fr.: 8.00 - 21.00 Uhr, Sa.: 9.00 - 17.00 Uhr). eMail: kundenservice@gis.at, Internet: https://www.gis.at/befreien/</p>

Titel	Befreiung vom Kostenanteil für Heilbehelfe und Hilfsmittel
Leistung	<p>Krankenversicherte Personen müssen für Heilbehelfe und Hilfsmittel 10 % der Kosten jedoch mindestens € 31,00 bezahlen, bei Sehbehelfen mindestens € 93,00 (Werte 2015).</p> <p>Für Sehbehelfe von Kindern über dem 15. Lebensjahr, die noch Angehörige im sozialversicherungsrechtlichen Sinne sind, gilt der Mindestkostenanteil in der Höhe von EUR 31,00.</p> <p>Je nach Krankenkasse gibt es für einzelne Heilbehelfe und Hilfsmittel unterschiedlich hohe Kostenanteile zu tragen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist man von diesen Kostenanteilen befreit.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Betroffene Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres ODER • Betroffene Personen sind wegen sozialer Schutzbedürftigkeit von der Rezeptgebühr befreit (vgl. Seite 12, Richtwerte für Nettoeinkommen) ODER • Betroffene Personen haben einen Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe (Nachweis erforderlich) ODER • Hilfsmittel und Heilbehelfe werden im Rahmen der medizinischen Rehabilitation gewährt (z. B. Arm- und Beinprothesen) <p>Informieren Sie sich bitte über die konkreten Regelungen Ihrer zuständigen Krankenkassa (Fortsetzung nächste Seite)</p>

Ansprechstellen	Zuständige Krankenkassa
Siehe auch	<i>Zuschuss für einmalige behinderungsbedingte Ausgaben, Seite 4 Befreiung von der Rezeptgebühr und dem Entgelt für die e-card, S. 11 Obergrenze für Rezeptgebühren, Seite 11</i>

Behindertenpass (und Parkausweis für Behinderte)

Titel	Behindertenpass
Leistung	<p>Der Behindertenpass ist ein bundeseinheitliches Dokument (amtlicher Lichtbildausweis) und dient als Nachweis einer Behinderung gegenüber Versicherungen und Behörden (z. B. Finanzamt).</p> <p>Bei bestimmten Zusatzeintragungen im Behindertenpass können Vergünstigungen in Anspruch genommen werden.</p> <p>Beispielsweise sind mit der Eintragung „Unzumutbarkeit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel wegen dauernder Gesundheitsschädigung“ die Befreiung von der motorbezogenen Versicherungssteuer oder eine kostenlose Autobahnvignette möglich.</p> <p>Das Stellen des Antrages und die Ausstellung sind gebührenfrei.</p> <p><u>Hinweis:</u> Der Ausweis ist kein Ersatz für einen Ausweis nach § 29b der Straßenverkehrsordnung, berechtigt nicht zum Bezug einer laufenden finanziellen Unterstützung und ist kein Bescheid im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrags • Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt in Österreich (z.B. auch Wohnsitz im Ausland aber mit regelmäßigem Aufenthalt in Österreich) • Antragstellerin/Antragsteller gehört einer der folgenden Gruppen an: <ul style="list-style-type: none"> ○ Begünstigte Behinderte ○ Bezieherinnen/Bezieher von Pflegegeld oder vergleichbarer Leistungen aufgrund bundesgesetzlicher Vorschriften ○ Bezieherinnen/Bezieher erhöhter Familienbeihilfe ○ Bezieherinnen/Bezieher einer Geldleistung wegen Invalidität, Berufsunfähigkeit, Dienstunfähigkeit oder dauernder Erwerbsunfähigkeit ○ <u>Wenn kein derartiger Nachweis der Behinderung vorliegt:</u> Feststellung des Grades der Behinderung durch ärztliche Sachverständige des Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) • Grad der Behinderung bzw. der Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 %
Ansprechstelle	<p>Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt): Telefon: 05 99 88 (zum Ortstarif aus ganz Österreich) sowie unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Behindertenpass & Ausweis gem. 29b StVO (Parkausweis)/Allgemeine Informationen mit Link zum Antrag (bundesweit) auf der rechten Seite</p> <p style="text-align: right;">(Fortsetzung nächste Seite)</p>

	<p>WICHTIG: Parkausweis</p> <p>Der Behindertenpass ersetzt nicht den Ausweis nach § 29b der Straßenverkehrsordnung, der zum Beispiel für das Parken auf gekennzeichneten Behindertenparkplätzen benötigt wird.</p> <p>Voraussetzung für die Ausstellung des Parkausweises ist der Besitz eines Behindertenpasses mit der Zusatzeintragung "Unzumutbarkeit der Benützung öffentlichen Verkehrsmittel wegen dauerhafter Mobilitätseinschränkung aufgrund einer Behinderung"</p> <p>Informationen http://www.sozialministeriumservice.at/site/Behindertenpass & Ausweis gem. 29b StVO (Parkausweis)/Parkausweis</p> <p>Der Parkausweis ist seit dem 1.1.2014 bei den Landesstellen des Sozialministeriumservice zu beantragen. Landesstellen siehe unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt -_Landesstellen</p> <p>Ansonsten s.u. Online-Ratgeber unter 3i-expert.bmsg.ext.apa.at</p>
--	---

Euro-Key (Euro-Schlüssel) – für barrierefreie Toiletten und Lifte

Titel	Euro-Key
Leistung	<p>Einrichtungen, z.B. barrierefreie Toiletten, Lifte, die ausschließlich für Menschen mit Behinderungen gedacht sind, werden immer häufiger mit einem Euro-Zylinderschloss ausgestattet, das nur mit dem sogenannten „euro-key“ geöffnet werden kann.</p> <p>Vorteil: Barrierefreie Toiletten bleiben sauber und Treppenlifte können nicht beschädigt werden.</p> <p>Es entstehen keine Kosten, da der euro-key vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gefördert wird.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrags (Download siehe Link unter „Ansprechstellen“ und Zusendung an unten stehende Adresse, siehe Internetlink) • Nachweis der Behinderung beilegen: Kopie des Bundesbehindertepasses oder Kopie des Ausweises nach § 29 b StVO (jeweils Vorder- und Rückseite),
Ansprechstellen	<p>Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR), Kennwort: euro-key, 1010 Wien, Stubenring 2/1/4 eMail: eurokey@oear.or.at, im Internet unter http://www.oear.or.at/barrierefrei-leben/mobilitat-und-verkehr/euro-key/euro-key/bestellung/bestellsystem</p>
Siehe auch	<i>Behindertenpass, Parkausweis, Seite 14 und 15</i>

Steuerliche Absetzbarkeit

Titel	Steuerliche Absetzbarkeit von außergewöhnlichen Belastungen für die Betreuung und Pflege
Möglichkeiten	<p>Erhöhte Aufwendungen, die durch Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit entstehen, können im Rahmen der ArbeitnehmerInnenveranlagung oder der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden.</p> <p>Beispiele für derartige außergewöhnliche Belastungen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Krankheitskosten (z. B. Medikamente, Arzthonorare, Pflegemittel), die allfällige Kostenersätze durch Kranken- oder Unfallversicherungen übersteigen • Kosten für die Unterbringung in einem Alters- oder Pflegeheim bei bestehender Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit • Kosten für die häusliche Betreuung (ab Pflegegeldstufe 1) abzüglich steuerfreier Zuschüsse (z.B. Pflegegeld) • Kosten für die 24-Stunden-Betreuung, abzüglich steuerfreier Zuschüsse (z.B. Pflegegeld, Förderung der 24 Stunden-Betreuung) <p>Liegt eine Behinderung von mindestens 25% vor, werden die Aufwendungen der oder des Pflegebedürftigen ohne Selbstbehalt berücksichtigt. Bei Bezug von Pflegegeld wird ohne weiteren Nachweis von einem mindestens 25%igen Grad der Behinderung ausgegangen.</p> <p>Werden die Kosten von unterhaltspflichtigen Angehörigen getragen, weil der unterstützungsbedürftige Mensch über kein oder ein zu niedriges eigenes Einkommen verfügt, können auch diese Kosten als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Allerdings wird bei Kosten, die von unterhaltspflichtigen Angehörigen bezahlt werden, vom Finanzamt immer ein Selbstbehalt abgezogen (vgl. Info des BMF, GZ BMF-010222/0221-VI/7/2007 vom 03.12.2007).</p>
Voraussetzungen	<p>Bitte informieren Sie sich bei Ihrem Finanzamt oder ihrem Steuerberater bzw. ihrer Steuerberaterin über die konkreten Möglichkeiten Ihrer Situation.</p>
Ansprechstellen	<p>Information unter:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzämter (http://dienststellen.bmf.gv.at/ListDst_Auswahl.asp) • Informationen des Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Finanzielle_Unterstuetzung/Steuerliche_Absetzmoeglichkeiten sowie Landesstellen Sozialministeriumservice http://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt_-_Landesstellen oder Telefon: 05 99 88 (zum Ortstarif aus ganz Österreich) • Findok – Die Finanzdokumentation des BMF unter https://findok.bmf.gv.at/findok/ • SteuerberaterInnen

Pflegekarenz

Titel	Pflegekarenz
<p>Möglichkeiten</p>	<p>Die Pflegekarenz ermöglicht seit 1.1.2014 die Abwesenheit vom Arbeitsplatz für mindestens 1 Monat bis maximal 3 Monate. Das Arbeitsentgelt ruht für diese Zeit. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz sondern die Inanspruchnahme benötigt eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber/in und Arbeitnehmer/in.</p> <p>Eine Pflegekarenz kann für jede pflegebedürftige Person einmalig von mehreren Angehörigen in Anspruch genommen werden. Dies ist nicht gleichzeitig, aber nacheinander möglich. Anspruch auf Pflegekarenz-geld besteht für insgesamt maximal 6 Monate (z.B. 2 x 3 Monate).</p> <p>Eine Pflegekarenz kann nur nach einer wesentlichen Verschlechterung der Situation der betreuungs-/pflegebedürftigen Person um mindestens eine Pflegegeldstufe ein weiteres Mal genutzt werden.</p> <p>Für die Dauer der Pflegekarenz besteht Anspruch auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Pflegekarenzgeld</u> (siehe <i>Pflegekarenzgeld</i>, S. 21) • <u>Übernahme von Pensions- und Krankenversicherungsbeträgen</u> • Zeiten der Pflegekarenz zählen als <u>Versicherungsmonate in der Pensionsversicherung</u> • <u>Übernahme der Beitragszahlungen für den Abfertigungsanspruch</u> („Abfertigung neu“) für die Dauer der Pflegekarenz • <u>Rückkehrrecht zur ursprünglichen Normalarbeitszeit</u> nach Ablauf der Pflegekarenz ODER frühestens 2 Wochen nach Wegfall der Notwendigkeit (z. B. Aufnahme in ein Pflegeheim, dauerhafte Übernahme der Betreuung/Pflege durch andere Personen, Tod des/der Angehörigen) • <u>Schutz vor Kündigung</u> aufgrund der Inanspruchnahme einer Pflegekarenz • Recht auf <u>Entscheidung über einen Pflegegeldantrag innerhalb von 14 Tagen</u> bei beabsichtigtem Antritt einer Pflegekarenz <p>Während der Pflegekarenz werden folgende Leistungen nicht gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung einer 24-Stunden-Betreuung • Zuwendungen aus dem Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung (Kosten einer Ersatzpflege) • Krankengeld
<p>Voraussetzungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der pflege-/betreuungsbedürftigen Person wurde mindestens Pflegegeldstufe 3 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) ODER • Die pflege-/betreuungsbedürftige Person ist nachweislich an einer Demenz erkrankt und ihr wurde mindestens Pflegegeldstufe 1 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) <p style="text-align: center;">ODER</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die pflege-/betreuungsbedürftige Person ist minderjährig und ihr wurde mindestens Pflegegeldstufe 1 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) <p style="text-align: right;">(Fortsetzung nächste Seite)</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Status als naher Angehöriger im Sinne des Gesetzes: Ehegatte/ Ehegattin und deren Kinder, die Eltern, Großeltern, Adoptiv- und Pflegeeltern, Kinder, Enkelkinder, Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder, den/die Lebensgefährten/ Lebensgefährtin und dessen/deren Kinder, den/die eingetragene/n Partner/in und dessen/deren Kinder sowie Geschwister, Schwiegereltern und Schwiegerkinder Ein ist kein gemeinsamer Haushalt mit der pflegebedürftigen Person notwendig. • Das Arbeitsverhältnis hat ununterbrochen mindestens 3 Monate gedauert (Vollversicherung nach dem ASVG bzw. B-KUVG, d.h. keine geringfügig Beschäftigten) • Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung über die Pflegekarenz zwischen Arbeitgeber/in (bzw. AMS) und Arbeitnehmer/in, die Beginn und Dauer der Pflegekarenz enthält. Der Betriebsrat kann auf Wunsch beigezogen werden. Für Beziehenden von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe ist eine Vereinbarung über Pflegekarenz mit dem AMS möglich. • <u>Kein</u> Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz (MSchG), <u>keine</u> Karenz nach dem MSchG bzw. Väter-Karenzgesetz oder anderen gleichartigen österreichischen Rechtsvorschriften und <u>keine</u> aktuelle Ableistung eines Präsenz- oder Zivildienstes. • Bei Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe: Abmeldung vom Bezug
Ansprechstellen	<p>Informationen beim Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Pflege/Pflegekarenz_und_Pflegezeit sowie die Landesstellen des Sozialministeriumservice http://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt - Landesstellen Telefon: 05 99 88 (zum Ortstarif aus ganz Österreich)</p>
Siehe auch	<p><i>Pflegezeit, Seite 19</i> <i>Familienhospizkarenz, Seite 22</i> <i>Pflegekarenzgeld, Seite 21</i></p>

Pflegezeit

Titel	Pflegezeit
<p>Möglichkeiten</p>	<p>Die Pflegezeit ermöglicht seit 1.1.2014 die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Dauer von mindestens 1 Monat bis maximal 3 Monaten. Die reduzierte Arbeitszeit darf nicht unter 10 Wochenstunden liegen. Das Arbeitsentgelt reduziert sich aliquot dem Anteil der verminderten Arbeitszeit. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Pflegezeit sondern die Inanspruchnahme benötigt eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber/in und Arbeitnehmer/in.</p> <p>Eine Pflegezeit kann für jede pflegebedürftige Person einmalig von mehreren Angehörigen in Anspruch genommen werden. Dies ist nicht gleichzeitig, aber nacheinander möglich. Anspruch auf Pflegekarenzgeld besteht für insgesamt maximal 6 Monate (z.B. 2 x 3 Monate).</p> <p>Eine Pflegezeit kann nur nach einer wesentlichen Verschlechterung der Situation der betreuungs-/pflegebedürftigen Person um mindestens eine Pflegegeldstufe ein weiteres Mal genutzt werden.</p> <p>Für die Dauer der Pflegezeit besteht Anspruch auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Pflegekarenzgeld</u> anteilig zum Ausmaß der reduzierten Arbeitsstunden (siehe <i>Pflegekarenzgeld</i>, S. 21) • <u>Übernahme von Pensions- und Krankenversicherungsbeträgen</u> auf Basis des bezogenen Pflegekarenzgeldes • <u>Rückkehrrecht zur ursprünglichen Normalarbeitszeit</u> nach Ablauf der Pflegezeit ODER frühestens 2 Wochen nach Wegfall der Notwendigkeit (z. B. Aufnahme in ein Pflegeheim, dauerhafte Übernahme der Betreuung/Pflege durch andere Personen, Tod des/der Angehörigen) • <u>Schutz vor Kündigung</u> aufgrund der Inanspruchnahme einer Pflegezeit • <u>Recht auf Entscheidung über einen Pflegegeldantrag innerhalb von 14 Tagen</u> bei beabsichtigtem Antritt einer Pflegezeit <p>Während der Pflegezeit werden folgende Leistungen nicht gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung einer 24-Stunden-Betreuung • Zuwendungen aus dem Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung (Kosten einer Ersatzpflege)
<p>Voraussetzungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der pflege-/betreuungsbedürftigen Person wurde mindestens Pflegegeldstufe 3 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) ODER • Die pflege-/betreuungsbedürftige Person ist nachweislich an einer Demenz erkrankt und ihr wurde mindestens Pflegegeldstufe 1 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) ODER • Die pflege-/betreuungsbedürftige Person ist minderjährig und ihr wurde mindestens Pflegegeldstufe 1 zuerkannt (vorliegender Pflegegeldbescheid) • Status als naher Angehöriger im Sinne des Gesetzes: Ehegatte/ Ehegattin und deren Kinder, die Eltern, Großeltern, Adoptiv- und <p style="text-align: right;">(Fortsetzung nächste Seite)</p>

	<p>Pflegeeltern, Kinder, Enkelkinder, Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder, den/die Lebensgefährten/ Lebensgefährtin und dessen/deren Kinder, den/die eingetragene/n Partner/in und dessen/deren Kinder sowie Geschwister, Schwiegereltern und Schwiegerkinder</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein ist kein gemeinsamer Haushalt mit der pflegebedürftigen Person notwendig. • Das Arbeitsverhältnis hat ununterbrochen mindestens 3 Monate gedauert (Vollversicherung nach dem ASVG bzw. B-KUVG, d.h. keine geringfügig Beschäftigten) • Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung über die Pflegekarenz zwischen Arbeitgeber/in (bzw. AMS) und Arbeitnehmer/in, die Beginn und Dauer der Pflegekarenz enthält. Der Betriebsrat kann auf Wunsch beigezogen werden. Für BeziehendenInnen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe ist eine Vereinbarung über Pflegekarenz mit dem AMS möglich. • <u>Kein</u> Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz (MSchG), <u>keine</u> Karenz nach dem MSchG bzw. Väter-Karenzgesetz oder anderen gleichartigen österreichischen Rechtsvorschriften und <u>keine</u> aktuelle Ableistung eines Präsenz- oder Zivildienstes. • Bei Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe: Abmeldung vom Bezug
Ansprechstellen	<p>Informationen beim Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Pflege/Pflegekarenz_und_Pflegeteilzeit sowie die Landesstellen des Sozialministeriumservice http://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt - Landesstellen</p>
Siehe auch	<p><i>Pflegekarenz, Seite 17</i> <i>Familienhospizkarenz, Seite 22</i> <i>Pflegekarenzgeld, Seite 21</i></p>

Pflegekarenzgeld

Titel	Pflegekarenzgeld
Möglichkeiten	<p>Bei einer Pflegekarenz oder Neuanträgen auf Familienhospizkarenz (= völlige Freistellung von der Arbeit), besteht seit 01.01.2014 ein Rechtsanspruch auf Pflegekarenzgeld. Dieses ist einkommensabhängig und wird monatlich im Nachhinein ausbezahlt. Die Höhe beträgt 55 % des Nettoeinkommens (Berechnung analog zum Arbeitslosengeld vom durchschnittlichen Bruttoentgelt). Das Pflegekarenzgeld beträgt mindestens die Geringfügigkeitsgrenze (2015: € 405,98 monatlich). Für unterhaltsberechtigter Kinder besteht Anspruch auf einen Kinderzuschlag, der dem Kinderzuschuss beim Arbeitslosengeld entspricht € 0,97 pro Tag → ca. € 29,10 pro Monat [30 Tage]).</p> <p>Das Pflegekarenzgeld kann auch gleichzeitig mit einem Familienhospizkarenz-Härteausgleich (vgl. S. 23) bezogen werden.</p> <p>Bei einer Pflegeteilzeit oder Neuanträgen auf herabgesetzte Arbeitszeit im Rahmen der Familienhospizkarenz besteht seit 01.01.2014 ebenfalls Rechtsanspruch auf Pflegekarenzgeld.</p> <p>In diesem Fall wird das Nettoeinkommen vor der Pflegeteilzeit bzw. Teilzeit-Familienhospizkarenz mit dem verminderten Einkommen während dieser Zeit (ohne Sonderzahlungen) verglichen und 55 % der Differenz als Pflegekarenzgeld ausbezahlt.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Aufrechtes Dienstverhältnis über der Geringfügigkeitsgrenze (2015: € 405,98) ODER Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe • Schriftliche Vereinbarung einer Pflegekarenz (vgl. S. 17) bzw. Pflegeteilzeit (vgl. S. 19) mit dem Arbeitgeber ODER Nachweis der Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz (kurz: FHK) (vgl. S. 22) • Bei Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe: Abmeldung vom Bezug • Stellen eines Antrages auf Pflegekarenzgeld beim Sozialministeriumservice <u>Hinweis:</u> Bei Antragstellung bis 2 Wochen ab Beginn der Pflegekarenz/-teilzeit bzw. FHK wird Pflegekarenzgeld für die gesamte Dauer ausbezahlt, bei späterem Antrag erst ab dem Datum der Antragstellung. Anträge nach Ablauf der Pflegekarenz/-teilzeit bzw. FHK werden abgelehnt. <p><u>Kinderzuschlag</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf Familienbeihilfe für Kinder, Stief-, Wahl- oder Pflegekinder • Die Person, die Pflegekarenzgeld bezieht, trägt wesentlich zum Unterhalt des Kindes/der Kinder bei
Ansprechstellen	<p>Informationen/Anträge: Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) http://www.sozialministeriumservice.at/site/Pflege/Pflegekarenzgeld (neu ab 01.01.2014) sowie die Landesstellen des Sozialministeriumservice unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Kontakt - Landesstellen. <u>Hinweis:</u> Intern werden Anträge für ganz Österreich in der Landesstelle Steiermark bearbeitet, die Antragsstellung ist überall möglich.</p>
Siehe auch	<i>Zuschuss aus dem Familienhospizkarenz-Härteausgleich, Seite 23</i>

Familienhospizkarenz

Titel	Familienhospizkarenz
Leistung	<p>ArbeitnehmerInnen können im Rahmen der Familienhospizkarenz sterbende Angehörige (gemeinsamer Haushalt nicht erforderlich) sowie ihre im gleichen Haushalt lebenden schwerst erkrankten Kinder über einen bestimmten Zeitraum begleiten. E kann zwischen der Herabsetzung der Arbeitszeit (z.B. Teilzeit statt Vollzeit), der Änderung der Lage der Arbeitszeit (z.B. Frühdienst statt Spätdienst) und der gänzlichen Freistellung von der Arbeitsleistung gegen Entfall des Entgelts (= Karenz) gewählt werden.</p> <p>Es besteht Kündigungs- und Entlassungsschutz ab dem Tag der Bekanntgabe bis vier Wochen nach Ablauf der Familienhospizkarenz.</p> <p>Während einer gänzlichen Freistellung (= Karenz) besteht eine aufrechte Kranken- und Pensionsversicherung, die aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Die Höhe der Pensionsbeiträge bemisst sich am letzten Einkommen.</p> <p>Seit Jan. 2014 besteht bei vollständiger Arbeitsfreistellung Anspruch auf Pflegekarenzgeld (vgl. S. 21).</p> <p>Dauer bei Sterbebegleitung: bis zu 3 Monate, Verlängerung bis max. 6 Monate. Dauer bei schwerst erkrankten Kindern: bis zu 5 Monate, Verlängerung bis max. 9 Monate</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Schriftliche Mitteilung über die Inanspruchnahme an den Arbeitgeber, die folgende Angaben enthält: <ul style="list-style-type: none"> ○ Beabsichtigte Maßnahme (Herabsetzung der Arbeitszeit, Änderung der Lage der Arbeitszeit oder Karenz) ○ Glaubhaftmachung des Grundes für die Familienhospizkarenz ○ Glaubhaftmachung des Verwandtschaftsverhältnisses • Die Bekanntgabe hat spätestens 5 Tage vor dem beabsichtigten Antritt der Familienhospizkarenz zu erfolgen. • Die Dauer wird zwischen Arbeitnehmer/in und Arbeitgeber/in ausverhandelt.
Informationen	<p>Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Broschüre Pflegekarenz/-teilzeit, Familienhospizkarenz unter http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/7/8/3/CH2135/CMS1233316983780/broschuere_nov_2014_pflegekarenz_pflegeteilzeit_web.pdf Pflegetelefon: 0800 201 622 (Mo.-Do.: 8-16 Uhr, Fr. 8-13 Uhr, kostenfrei) http://www.bmask.gv.at/site/Arbeit/Arbeitsrecht/Familienhospizkarenz</p> <p>Bundesministerium für Familien und Jugend: Kostenlos: Telefon Familienservice: 0800 240 262 (Mo.-Do. 9-15 h)</p>
Siehe auch	<p><i>Zuschuss aus dem Familienhospizkarenz-Härteausgleich, Seite 23</i> <i>Pflegekarenzgeld, Seite 21</i> <i>Familienhospizkarenz: Änderung d. Auszahlung des Pflegegelds, S. 23</i> <i>Familienhospizkarenz: Bes. Vorschussregelung beim Pflegegeld, S. 24</i> <i>Familienhospizkarenz: Vorrang bei Bezug fälligen Pflegegeldes und Fortsetzung des Verfahrens, Seite 24</i></p>

Titel	Zuschuss aus dem Familienhospizkarenz- Härteausgleich															
Leistung	Der Familienhospizkarenz-Zuschuss im Rahmen des Familienhospizkarenz-Härteausgleichs ermöglicht Geldzuwendungen bei finanziellen Notlagen, die durch den Ausfall des Einkommens während der Familienhospizkarenz entstehen können. Die monatliche Zuwendung ist mit der Höhe des aufgrund der Familienhospizkarenz weggefallenen Einkommens begrenzt. Hinweis: Es besteht kein Rechtsanspruch auf diese Leistung.															
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellen eines Antrages • Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz unter gänzlichem Entfall des Einkommens • Nachweis einer aufrechten Familienhospizkarenz • Das gewichtete Monatseinkommen des Haushaltes (ausgenommen Familienbeihilfe, Wohnbeihilfe, Pflegegeld und Kinderbetreuungsgeld) darf unter Berücksichtigung des gewährten Pflegekarenzgelbes den Betrag von € 850,00 nicht überschreiten. Dieser Wert erhöht sich, wenn weitere Familienmitglieder im Haushalt leben. Auskunft, ob man diese Voraussetzung erfüllt, kann man beim Bundesministerium für Familien und Jugend erhalten. 															
Ansprechstelle	<p>Bundesministerium für Familien und Jugend (BMFJ): Alle Informationen und Links über den Familienhospizkarenz-Zuschuss unter http://www.bmfj.gv.at/familie/finanzielle-unterstuetzungen/familienhospizkarenz-zuschuss/familienhospizkarenz-zuschuss.html sowie</p> <table border="1" data-bbox="448 1167 1181 1346"> <thead> <tr> <th>Referat</th> <th>ReferentIn</th> <th>Tel.Durchwahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>A bis F</td> <td>Fr. Leitner</td> <td>01/ 711 00-3301</td> </tr> <tr> <td>G bis K</td> <td>Fr. Windisch</td> <td>01/ 711 00-3302</td> </tr> <tr> <td>L bis R, T</td> <td>Fr. Antony.....</td> <td>01/ 711 00-3308</td> </tr> <tr> <td>S bis Z</td> <td>Fr. Yusufu-Simlinger.....</td> <td>01/ 711 00-3299</td> </tr> </tbody> </table> <p>http://www.bmfj.gv.at/familie/finanzielle-unterstuetzungen/familienhospizkarenz-zuschuss/ansprechpartner-antragsformular.html (auch Antragsformular)</p>	Referat	ReferentIn	Tel.Durchwahl	A bis F	Fr. Leitner	01/ 711 00-3301	G bis K	Fr. Windisch	01/ 711 00-3302	L bis R, T	Fr. Antony.....	01/ 711 00-3308	S bis Z	Fr. Yusufu-Simlinger.....	01/ 711 00-3299
Referat	ReferentIn	Tel.Durchwahl														
A bis F	Fr. Leitner	01/ 711 00-3301														
G bis K	Fr. Windisch	01/ 711 00-3302														
L bis R, T	Fr. Antony.....	01/ 711 00-3308														
S bis Z	Fr. Yusufu-Simlinger.....	01/ 711 00-3299														

Titel	Familienhospizkarenz: Änderung der Auszahlung des Pflegegelds
Leistung	Das Pflegegeld kann auf Antrag nicht an die pflegebedürftige Person, sondern an die Person ausgezahlt werden, die eine Familienhospizkarenz bei gänzlichem Entfall des Einkommens in Anspruch genommen hat.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Antragstellung durch die pflegebedürftige Person • Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz unter gänzlichem Entfall des Einkommens • Die pflegebedürftige Person ist nicht in einer stationären Pflegeeinrichtung (Wohn- oder Pflegeheim) untergebracht
Ansprechstelle	Stelle, die das Pflegegeld auszahlt
Siehe auch	<i>Familienhospizkarenz: Bes. Vorschussregelung beim Pflegegeld, S. 24 Familienhospizkarenz: Vorrang bei Bezug fälligen Pflegegeldes und Fortsetzung des Verfahrens, Seite 24</i>

Titel	Familienhospizkarenz: Besondere Vorschussregelung beim Pflegegeld
Leistung	Bei Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz kann bei einem laufenden Verfahren auf Zuerkennung oder Erhöhung von Pflegegeld ein pauschalierter Vorschuss in der Höhe von Pflegegeldstufe 3 oder 4 ausbezahlt werden.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz • Stellen eines Antrags
Ansprechstelle	Stelle, die das Pflegegeld auszahlt
Siehe auch	<i>Familienhospizkarenz: Änderung d. Auszahlung des Pflegegelds, S. 23</i> <i>Familienhospizkarenz: Vorrang bei Bezug fälligen Pflegegeldes und Fortsetzung des Verfahrens, s.u.</i>

Titel	Familienhospizkarenz: Vorrang bei Bezug fälligen Pflegegeldes und Fortsetzung des Verfahrens
Leistung	Beim Tod der pflegebedürftigen Person wird jene Person bei der Abwicklung von Auszahlung bzw. Zuerkennung von Pflegegeld bevorzugt, die eine Familienhospizkarenz in Anspruch genommen hat.
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Inanspruchnahme einer Familienhospizkarenz unter gänzlichem Entfall des Einkommens
Ansprechstelle	Stelle, die das Pflegegeld auszahlt
Siehe auch	<i>Familienhospizkarenz: Änderung d. Auszahlung des Pflegegelds, S. 23</i> <i>Familienhospizkarenz: Bes. Vorschussregelung beim Pflegegeld, s.o.</i>

Vertretungsbefugnis für Angehörige

Die folgenden Angaben bieten nur eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Titel	Vertretungsbefugnis für Angehörige
Möglichkeiten	<p>Fehlt eine Vorsorgevollmacht und ist auch (noch) keine Sachwalterschaft bestellt, so besteht <u>für bestimmte Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens, die den Lebensverhältnissen entsprechen</u>, eine gesetzliche Vertretungsbefugnis der nächsten Angehörigen. Voraussetzung: Eine volljährige Person kann aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen Behinderung Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens nicht mehr besorgen. Damit nächste Angehörige eine Vertretungsbefugnis ausüben können, ist eine Registrierung im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis (ÖZVV) der Österreichischen Notariats- bzw. Rechtsanwaltskammer gesetzlich verpflichtend. Man kann im ÖZVV auch einen Widerspruch gegen eine mögliche zukünftige Vertretung durch bestimmte Angehörige registrieren lassen.</p> <p>Angehörige dürfen im Rahmen der Angehörigenvertretung in folgenden Bereichen entscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alltagsgeschäfte (Haushaltsführung und Besorgungen des Alltags, beispielsweise eine Waschmaschine, Heizmaterial) • Organisation der Pflege und Betreuung (z. B. Kauf von Pflegebedarf, Organisation einer Pflegekraft oder einer Kur) • Vertretung bei Sozialversicherungsträgern und Behörden zur Durchsetzung von Ansprüchen (bspw. Pension, Pflegegeld, Sozialhilfe usw.) • Einwilligung in <u>einfache</u> medizinische Behandlungen • Konto-Verfügungsbefugnis soweit erforderlich: Geldbezug bis maximal € 1.017,00 pro Monat (erhöhter allgemeiner Grundbetrag des Existenzminimums, Wert 2015) <p>Nehmen mehrere Angehörige einer nicht mehr einsichts- bzw. urteilsfähigen Person eine Angehörigenvertretung in Anspruch, sind nur einstimmige Äußerungen zu berücksichtigen. Sind sich die Angehörigen nicht einig und es liegen widersprüchliche Aussagen vor, ist keine Äußerung wirksam! Ein Sachwalterschaftsverfahren wird eingeleitet.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • NACHRANG der Vertretungsbefugnis naher Angehöriger gegenüber Sachwalterbestellung und Vorsorgevollmacht! • Vertretungsbefugt sind: (Groß)Eltern, volljährige (Enkel)Kinder, EhepartnerIn, LebensgefährtInnen seit 3 Jahren im gleichen Haushalt). Geschwister sind nicht vertretungsbefugt! • Jeder volljährige Mensch kann vorsorglich verfügen, dass er/sie im Falle des Verlustes der Geschäftsfähigkeit von bestimmten Angehörigen <u>nicht</u> vertreten werden will bzw. <u>überhaupt nicht</u> von Angehörigen vertreten werden will. Dieser Widerspruch kann im ÖZVV in einer Notar-/Rechtsanwaltskanzlei registriert werden.
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Sachwaltervereine (für Adressen siehe Seite 31) • Für Einträge in das ÖZVV: Notare, Rechtsanwälte • Formular für Widerspruch unter http://www.justiz.gv.at → Bürgerservice → Formulare → Sachwalterrecht → Link am Ende des Textes

Vorsorgevollmacht

Die folgenden Angaben bieten lediglich eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Titel	Vorsorgevollmacht
Möglichkeiten	<p>Durch eine Vorsorgevollmacht kann man eine oder mehrere Personen des Vertrauens für bestimmte Lebensbereiche zu stellvertretenden Rechthandlungen bevollmächtigen, für den Fall, dass man selbst nicht mehr entscheidungs- und handlungsfähig ist.</p> <p>Es kann festgelegt werden, welche Personen welche Angelegenheiten (genaue Beschreibung notwendig), unter welchen Bedingungen (z. B. Kontrollmechanismen, wie Vier-Augen-Prinzip, Aufwandsersätze) stellvertretend wahrnehmen können. Die genannten Personen sind durch die Vorsorgevollmacht allerdings nicht verpflichtet, die Vertretung auch wahrzunehmen.</p> <p>In einer Vorsorgevollmacht kann man auch WunschkandidatInnen für den Fall einer Besachswaltung festlegen oder bestimmte Personen von vornherein ablehnen (Sachwalterverfügung). Die Sachwalterverfügung kann im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis (ÖZVV) durch einen Notar oder einen Rechtsanwalt registriert werden, um eine leichte Auffindbarkeit zu gewährleisten.</p> <p>Für die Vertretung in „außergewöhnlichen Angelegenheiten“ muss eine sog. „qualifizierte Vorsorgevollmacht“ erreicht werden, für die besondere Formvorschriften gelten (siehe Seite 27). Die Erstellung vor Gericht, Rechtsanwälten, Notaren ist bei dieser Form zwingend.</p> <p>Eine Vorsorgevollmacht ist jederzeit widerrufbar.</p> <p>Empfehlenswert ist eine Eintragung der Vorsorgevollmacht in das <u>Österreichische Zentrale Vertretungsverzeichnis (ÖZVV)</u>, damit die Vorsorgevollmacht im Ernstfall auffindbar ist.</p>
Voraussetzungen	<p>Arten der Vorsorgevollmacht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eigenhändige Vorsorgevollmacht: zur Gänze selbst geschrieben und unterzeichnet • „fremdhändige“ Vorsorgevollmacht, d.h. eigenhändige Unterschrift UND Bekräftigung des Inhalts durch drei Zeugen (z. B. Formular des BM für Justiz). Die Zeugen dürfen nicht die Bevollmächtigten sein! • Erstellung vor Gericht, Rechtsanwälten, Notaren (zwingend für die „qualifizierte Vorsorgevollmacht“ (siehe S. 27) <p><u>Für eine Registrierung im ÖZVV:</u> Eintragung durch einen Rechtsanwalt oder Notar</p>
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Sachwaltervereine (für Adressen siehe Seite 31) • Notare, Rechtsanwälte • Formular zur Vorsorgevollmacht des BM für Justiz: www.justiz.gv.at → Bürgerservice → Formulare → Sachwalterrecht → Link in der Mitte des Textes „Vorsorgevollmacht“
Siehe auch	„Qualifizierte“ Vorsorgevollmacht, Seite 27

Die folgenden Angaben bieten lediglich eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Titel	„Qualifizierte Vorsorgevollmacht“
Möglichkeiten	<p>Für Vorsorgevollmachten, die für sogenannte „außergewöhnliche Angelegenheiten“ errichtet werden, gelten besondere Vorschriften. Deshalb werden sie auch „qualifizierte Vorsorgevollmachten“ genannt.</p> <p>Als außergewöhnliche Angelegenheiten gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schwerwiegende medizinische Behandlungen (z. B. Amputationen, Chemotherapie, PEG-Sonden) • Dauerhafte Änderung des Wohnortes (z. B. Übersiedelung in ein Seniorenwohn- und Pflegehaus) • Vermögensangelegenheiten, die über das gewöhnliche Maß hinausgehen (Verkauf/Vermietung eines Hauses, Wohnung etc.) <p>Die genannten Personen sind durch die Vorsorgevollmacht allerdings nicht verpflichtet, die Vertretung auch wahrzunehmen.</p> <p>Eine Vorsorgevollmacht ist jederzeit widerrufbar.</p> <p>Empfehlenswert ist eine Registrierung der Vorsorgevollmacht im <u>Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis (ÖZVV)</u>, damit die Vorsorgevollmacht im Ernstfall auffindbar ist.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Beiziehen eines Notars bzw. Rechtsanwalts, der für die korrekte Formulierung des Textes verantwortlich ist, über die möglichen Folgen berät, dies schriftlich bestätigt und die Identität anhand eines amtlichen Lichtbildausweises kontrolliert. <p><u>Für eine Registrierung im ÖZVV</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Eintragung durch einen Rechtsanwalt oder Notar
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Sachwaltervereine (für Adressen siehe Seite 31) • Notare, Rechtsanwälte • Formular zur Vorsorgevollmacht des BM für Justiz: www.justiz.gv.at → Bürgerservice → Formulare → Sachwalterrecht → Link in der Mitte des Textes „Vorsorgevollmacht“
Siehe auch	<i>Vorsorgevollmacht, Seite 26</i>

Patientenverfügung

Eine Patientenverfügung ist eine schriftliche Willenserklärung, mit der eine Person bestimmte medizinische Behandlungen ablehnt. Sie soll dann wirksam werden, wenn die Person zum Zeitpunkt der Behandlung nicht mehr einsichts- und urteilsfähig ist oder sich nicht mehr äußern kann.

Eine Patientenverfügung kann daher nur durch die Person selbst, nicht aber durch Stellvertreter, Sachwalter oder Angehörige errichtet werden. Eine nach dem Gesetz wirksame Patientenverfügung kann bei Einhaltung strenger Inhalts- und Formvorschriften entweder „**verbindlich**“ oder „**beachtlich**“ sein.

Das Patientenverfügungsgesetz (in Kraft seit Juni 2006) ändert nichts an den strafrechtlichen Verboten einer Mitwirkung am Suizid und der Tötung auf Verlangen. Die sogenannte „aktive Sterbehilfe“ bleibt verboten.

Ebenso lässt das Gesetz medizinische Notfallversorgung unberührt, sofern der Zeitaufwand für die Suche nach einer Patientenverfügung das Leben oder die Gesundheit von Patienten ernstlich gefährdet.

Die folgenden Angaben bieten lediglich eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Titel	Beachtliche Patientenverfügung
Möglichkeiten	<p>Will eine Person dem Arzt für den Fall, dass er oder sie selbst den eigenen Willen nicht mehr äußern kann, eine Entscheidungshilfe geben, so kann eine beachtliche Patientenverfügung verfasst werden.</p> <p>Der Arzt ist nicht streng an die Inhalte der Patientenverfügung gebunden, er muss die Verfügung aber beachten und den Patientenwillen dokumentieren. Bei der zukünftigen Behandlung hat der Arzt jedoch einen gewissen Interpretationsspielraum.</p> <p>Eine Patientenverfügung – ob verbindlich oder beachtlich – kann vom Patienten bzw. der Patientin jederzeit widerrufen oder geändert werden.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Person, die eine Patientenverfügung errichten will, muss zum Zeitpunkt der Errichtung einsichts- und urteilsfähig sein. • Die Patientenverfügung muss aus freiem Willen errichtet werden • Die Patientenverfügung kann nur Maßnahmen enthalten, die keinen rechtlichen Vorschriften widersprechen (siehe Einleitung) • Es gelten keine besonderen Formvorschriften. Nicht notwendig, aber empfohlen: eine ärztliche Beratung vor der Errichtung der Patientenverfügung
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Anforderung eines Formulars bei Hospiz Österreich unter http://www.hospiz.at oder telefonisch unter (01) 803 98 68 • Patientenanwaltschaften • Notare, Rechtsanwälte • Informationen unter http://www.hospiz.at/, s. linke Rubrik „Patientenverfügung“ sowie http://www.patientenverfuegung.or.at/
Siehe auch	<i>Verbindliche Patientenverfügung, Seite 29</i>

Die folgenden Angaben bieten lediglich eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Titel	Verbindliche Patientenverfügung
Möglichkeiten	<p>Im Unterschied zur beachtlichen Patientenverfügung bindet die verbindliche Patientenverfügung jeden zukünftig behandelnden Arzt unmittelbar. Der Arzt hat bei der Auslegung des Patientenwillens keinen Spielraum. Für eine verbindliche Patientenverfügung bestehen daher zwingende formale Erfordernisse im Gegensatz zur beachtlichen Patientenverfügung. Die verbindliche Patientenverfügung gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren ab Errichtung. Danach muss sie unter Einhaltung der genannten Formerfordernisse erneuert werden.</p> <p>Alle medizinischen Behandlungen, die vom Patienten abgelehnt werden, müssen konkret beschrieben sein.</p> <p>Vor der Errichtung der Patientenverfügung muss ein Arzt den Patienten über Wesen und Folgen der Patientenverfügung für die medizinische Behandlung ausführlich informieren und dokumentieren, dass der Patient die medizinischen Folgen zutreffend einschätzt.</p> <p><u>Zusätzlich</u> zu einer umfassenden ärztlichen Beratung und Aufklärung muss eine verbindliche Patientenverfügung schriftlich vor einem Rechtsanwalt, Notar oder vor einem rechtskundigen Mitarbeiter der Patienten-anwaltschaft bzw. Patientenvertretung errichtet werden.</p> <p>Der Patient wird über die rechtlichen Folgen der Patientenverfügung und die Möglichkeit des jederzeitigen Widerrufs belehrt. Eine Patientenverfügung – ob verbindlich oder beachtlich – kann vom Patienten jederzeit widerrufen oder geändert werden.</p> <p>Patientenverfügungen, die diese beschriebenen Formerfordernisse nicht erfüllen oder nach fünf Jahren nicht erneuert werden, gelten automatisch als beachtliche Patientenverfügungen.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Konkrete Beschreibung der abgelehnten medizinischen Behandlung • Verbindliche und bestätigte ärztliche Aufklärung • Belehrung über die rechtliche Situation durch einen rechtskundigen Mitarbeiter einer Patienten-anwaltschaft ODER einen Rechtsanwalt ODER einen Notar • Schriftform unter Mitwirkung eines rechtskundigen Mitarbeiters einer Patienten-anwaltschaft ODER eines Rechtsanwaltes ODER eines Notars • Erneuerung der verbindlichen Patientenverfügung alle fünf Jahre unter Einhaltung der genannten Formvorschriften
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Anforderung eines Formulars bei Hospiz Österreich unter http://www.hospiz.at oder telefonisch unter (01) 803 98 68 • Patienten-anwaltschaften • Notare, Rechtsanwälte • Weitere Informationen unter http://www.patientenverfuegung.or.at/
Siehe auch	<i>Beachtliche Patientenverfügung, Seite 28</i>

Sachwalterschaft

Titel	Sachwalterschaft
Möglichkeiten	<p>Wenn ein Mensch mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Krankheit nicht in der Lage ist bestimmte Angelegenheit selbst zu erledigen und es keine Alternative gibt, kann ein Sachwalter/eine Sachwalterin bestellt werden. Er/sie übernimmt die gesetzliche Vertretung des/der Betroffenen in denjenigen Bereichen, in denen sich die Person nicht selbst vertreten kann. Die Geschäftsfähigkeit wird nur soweit eingeschränkt, als es unbedingt notwendig ist. Innerhalb des Wirkungskreises der Sachwalterschaft ist die betroffene Person nicht geschäftsfähig, sehr wohl aber in Bereichen, die nicht von der Sachwalterschaft umfasst sind.</p> <p>SachwalterInnen können nahestehende Personen, Sachwaltervereine, Rechtsanwälte und Notare sein. Die Entscheidung trifft das Bezirksgericht als Pflegschaftsgericht. Das Wohl der betroffenen Person steht im Vordergrund und deren Wünsche müssen berücksichtigt werden.</p> <p>SachwalterInnen übernehmen die Besorgung aller oder einzelner Angelegenheiten der betroffenen Person. Die Aufgaben werden für jeden Fall individuell festgelegt. Sie können etwa Rechtsgeschäfte und die Organisation der ärztlichen und sozialen Betreuung in unterschiedlichem Ausmaß betreffen.</p> <p>Ein Sachwalter/eine Sachwalterin wird auf unbestimmte Zeit bestellt, das Gericht prüft regelmäßig, ob die Notwendigkeit noch gegeben ist oder Aufgabenkreise eingeschränkt bzw. erweitert werden müssen.</p> <p>Eine Sachwalterschaft endet mit dem Tod des Besachwalteten.</p>
Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Anregung einer Sachwalterschaft (schriftlich oder in Form eines Gespräches) beim Pflegschaftsgericht des zuständigen Bezirksgerichts durch nahestehende Personen (z. B. Angehörige), Behörden, psychosoziale Einrichtungen ODER Antrag durch den Betroffenen selbst • Kein Vorliegen einer gangbaren Alternative, wie Vertretung durch nächste Angehörige, Vorsorgevollmacht etc. (vgl. hierzu S. 25-27) • Gerichtliche Feststellung der Notwendigkeit einer Sachwalterschaft: Eine Prüfung inkl. Sachverständigengutachten ergibt, dass keine andere Alternative in Betracht kommt. • Sachwalter/in entspricht folgenden Kriterien: <ul style="list-style-type: none"> ○ Nahestehende Person ODER Angehöriger eines Sachwaltervereins ODER Rechtsanwalt bzw. Notar ODER eine andere geeignete Person, bei Unmöglichkeit der ersten drei Varianten ○ Person ist selbst geschäftsfähig (z. B. älter als 18 Jahre) ○ Fähigkeit, sich unabhängig für das Wohl des Betroffenen einzusetzen ○ Kein registrierter Widerspruch durch die besachwaltete Person im Österreichischen Vertretungsverzeichnis (ÖZVV) ○ Entspricht dem geäußerten Wunsch der besachwalteten Person (z. B. durch eine Sachwalterverfügung) (Fortsetzung nächste Seite)

Titel	Sachwalterschaft (Fortsetzung)
Ansprechstelle	<ul style="list-style-type: none"> • Nachfolgende Sachwaltervereine gibt es in Österreich. Diese sind vom Bundesministerium für Justiz anerkannte Einrichtungen. <ul style="list-style-type: none"> ○ VertretungsNetz - Sachwalterschaft, Patientenanwaltschaft, Bewohnervertretung Zentrale: Forsthausgasse 16-20, 1200 Wien Tel.: (01) 330 46 00, E-Mail: verein@vsp.at Internet: http://www.vsp.at/index.php?id=28 In NÖ und Salzburg wird die Patientenanwaltschaft für die Psychiatrie vom VertretungsNetz wahrgenommen ○ Niederösterreichischer Landesverein für Sachwalterschaft und Bewohnervertretung (NÖLV) Bräuhausgasse 5, 2. Stock, 3100 St. Pölten Tel.: (02742) 77 175, E-Mail: sachwalterschaft@noelv.at Internet: http://www.noelv.at/ ○ Institut für Sozialdienste (IfS) – Sachwalterschaft 6800 Feldkirch, Johannitergasse 6, Tel.: (05522) 75 191 6850 Dornbirn, Poststraße 2/4, Tel.: (05572) 908 888 E-Mail: ifs.sachwalterschaft@ifs.at Internet: http://www.ifs.at/adresse-sachwalterschaft.html ○ Salzburger Hilfswerk. Verein für Sachwalterschaft. Hauptstraße 91d, 5600 St. Johann im Pongau Tel.: (06412) 67 06, E-Mail: office@sachwalter.co.at Internet: http://www.sachwalter.co.at/ • Weitere Informationen in der Broschüre „Sachwalterschaft“ des Bundesministeriums für Justiz; im Internet unter: http://www.justiz.gv.at/web2013/html/default/2c9484852308c2a601240a4a49bb07d1.de.html Broschüre Sachwalterschaft. Wissenswertes für Betroffene, Angehörige und Interessierte unter http://www.justiz.gv.at/web2013/file/2c9484852308c2a601240a4a49bb07d1.de.0/sw-brosch%C3%BCre.pdf auch in leicht verständlicher Leseversion verfügbar unter: http://www.justiz.gv.at/web2013/file/2c9484852308c2a601240a4a49bb07d1.de.0/sachwalterrecht_leichter_lesen_broschuere.pdf • Für Einträge in das ÖZVV: Notare, Rechtsanwälte • Pflugschaftsgericht desjenigen Bezirksgerichtes, das für den Wohnort der betreffenden Person zuständig ist
Siehe auch	<p><i>Vertretungsbefugnisse für Angehörige, Seite 25</i></p> <p><i>Vorsorgevollmacht (Sachwalterverfügung), Seite 26</i></p>

Die obigen Angaben bieten lediglich eine Übersicht. Holen Sie auf jeden Fall eine fundierte rechtliche Auskunft ein.

Information und Beratung

Für Kontakt-/Beratungsadressen der Caritas siehe bitte Seite 34.

Titel	Hilfsmittelberatung
Leistung	Beratung bei der Auswahl und Anschaffung von Heilbehelfen und Pflegehilfsmitteln
Voraussetzungen	keine
Informationen	<p>Hilfsmittelberatung wird von unterschiedlichen Stellen angeboten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesstellen des Sozialministeriumservice (ehem. Bundessozialamt) • Pensionsversicherungsträger • Landesregierungen • Behindertenorganisationen <p>Im Internet unter: http://www.hilfsmittelinfo.gv.at (ehemals „Handynet“)</p>

Titel	Informationsangebote des BMASK
Leistung	Beratung und Informationen zu Fragen der Pflege
Voraussetzungen	keine
Informationen	<ul style="list-style-type: none"> • Info-Service im Internet Informationen über Einrichtungen, Organisationen, Vereine und Selbsthilfegruppen, die im sozialen Feld als Dienstleister tätig sind https://www.infoservice.sozialministerium.at/InfoService2/?jsessionid=933E8D8BA7328BB95E2F11ADC291A1ED?execution=e1s1 • Plattform für pflegende Angehörige im Internet http://www.pflegedaheim.at • Pflegetelefon des BMASK gebührenfrei und vertraulich von Montag bis Freitag (8-16 Uhr) Tel: 0800 / 20 16 22 Fax: 0800 / 22 04 90 eMail: pflegetelefon@bmask.gv.at

Titel	Interessengemeinschaft Pflegender Angehöriger
Leistung	<p>Die Interessengemeinschaft setzt sich österreichweit für die Anliegen von Angehörigen, die ihre Familienmitglieder oder andere nahestehende Personen daheim oder in stationären Einrichtungen betreuen und begleiten, ein.</p> <p>Als gemeinnütziger Verein vertritt sie die Interessen von pflegenden Angehörigen in ganz Österreich mit Sitz in Wien.</p>
Voraussetzungen	Nutzung der Informationen im Internet gratis. Mitgliedschaft für Einzelpersonen Euro 20,00 pro Jahr.
Informationen	Wiedner Hauptstraße 32, 1040 Wien, Tel.: +43 (1) 58 900 DW 328, eMail: office@ig-pflege.at , Internet: http://www.ig-pflege.at/

Ansprechstellen der Caritas zu Betreuung und Pflege

Caritas der Diözese Eisenstadt

St.-Rochus-Straße 15, 7000 Eisenstadt
Telefon: 02682/73600
eMail: office@caritas-burgenland.at

Caritas der Diözese Graz-Seckau

Leonhardstraße 116/E, 8010 Graz
Telefon: 0316/8015 - 457
eMail: office@caritas-steiermark.at

Caritas der Diözese Innsbruck

Heiliggeiststraße 16, 6020 Innsbruck
Telefon: 0512/7270-28
eMail: caritas.ibk@dibk.at

Kärntner Caritasverband

Sandwirtgasse 2, 9010 Klagenfurt
Telefon: 0463/55560-0
eMail: office@caritas-kaernten.at

Caritas der Diözese Linz

Hafnerstraße 28, 4020 Linz
Telefon: 0732/7610-2401
eMail: information@caritas-linz.at

Caritas der Erzdiözese Salzburg

Universitätsplatz 7, 5020 Salzburg
Telefon: 0662/849 373-340
eMail: betreuung.pflege@caritas-salzburg.at

Caritas der Diözese St. Pölten

Hasnerstraße 4, 3100 St. Pölten
Telefon: 02742/844-602
eMail: info@stpoelten.caritas.at

Caritas der Erzdiözese Wien

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien
Region Wien: Telefon: 01/87812-360, eMail: betreuenundpflegen-wien@caritas-wien.at
Region NÖ Ost: Telefon: 01/87812-340, eMail: betreuenundpflegen-noe@caritas-wien.at

Österreichische Caritaszentrale

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien
Telefon: 01/48831-436

Caritas Rundum Zuhause betreut – 24-Stunden-Betreuung

Telefon: 0810 / 24 25 80 (zum Ortstarif aus ganz Österreich)
Montag bis Donnerstag.: 9.00 – 15.00 Uhr, Freitag 9.00 – 12.00 Uhr
eMail : office@caritas-rundumbetreut.at, Web: www.caritas-rundumbetreut.at

Online-Beratung für pflegende Angehörige

www.pflegende-angehoerige.or.at/beratungsangebote/online-beratung/

<http://www.caritas.at/hilfe-einrichtungen/betreuung-und-pflege>